Norddeutsche Allgemeine Zeitung.

Die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung" erscheint wochentäglich Abends und am Sonntag Morgen. Der Abonnementspreis ist für das Deutsche Reich vierteljährlich Mark 4,—, für das Ausland mit dem entsprechenden Postaufschlag. Abonnements werden bei allen Postanstalten angenommen. Für Berlin abonnirt man bei den Zeitungs-Spediteuren und bei der Expedition der Zeitung.

Berlin SW. 48
Wilhelm-Straße Nr. 32.
Fernsprecher: Amt 6, Nr. 3348.

Inserate nehmen die Expedition der Zeitung und die Inseraten-Bureaux zum Preise von 40 Pf. pro fünfgespaltene Petitzeile entgegen. Zusendungen für die Zeitung sind nicht an einzelne Personen, sondern an die Redaktion zu adressiren. Gleichzeitige Angabe des Honorars wird erbeten. Nachträgliche Honoraransprüche finden keine Berücksichtigung. Unbenutzte Einsendungen werden nicht aufbewahrt.

Nr. 64. [41. Jahrgang.] Sonntag den 16. März 1902. [41. Jahrgang.] Nr. 64.

Abonnements-Einladung.

Die **„Norddeutsche Allgemeine Zeitung"** erscheint zum Preise von

4 Mark vierteljährlich

in einer großen einmaligen Ausgabe des Abends, die in der parlamentarischen Zeit durch eine getrennte, den Berliner Abonnenten Morgens zugestellende Ausgabe der ausführlichen Parlamentsberichte ergänzt wird. Am Sonntag Morgen wird regelmäßig eine Nummer ausgegeben.

Die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung" ist das **am zuverlässigsten** über die Ereignisse der **auswärtigen Politik unterrichtende** Organ der deutschen Presse. Die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung" berichtet, **gestützt auf die besten Informationen**, rasch, gewissenhaft und erschöpfend über alle wissenswerthen Dinge auf dem Gebiete der **inneren Politik**, über wirthschaftliche und soziale Vorgänge, über Marine- und Kolonialangelegenheiten und ist als **besonders maßgebend** anerkannt in der Behandlung aller **militärischen** Fragen. Die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung" steht **außerhalb jeder Partei**, hält sich **völlig unbeeinflußt von jedwedem Fraktionsgeiste** und verfolgt keine anderen als **nationale Interessen.**

Die täglich erscheinende **Literarische Beilage** unterrichtet schnell, übersichtlich und zuverlässig über alle Vorgänge des geistigen Lebens. Ein erlesener Mitarbeiterstab, darunter **ständige eigene Korrespondenten** in den deutschen und ausländischen Hauptstädten, sorgt für Berichterstattung über die wichtigen Ereignisse auf dem Gebiete des Theaters der Literatur, der bildenden Künste, der Philosophie, der Wissenschaften und der Technik. Besondere Aufmerksamkeit widmet die „Beilage" dem **Universitätsleben** des In- und Auslandes und den wissenschaftlichen Expeditionen. Ueber alle wichtigen Vorgänge auf diesem Gebiete unterrichtet sie durch Mittheilungen eigener Mitarbeiter schnell und zuverlässig. Die Neuerscheinungen der schönen und der wissenschaftlichen Literatur werden durch eine große Reihe kundiger Fachmänner pünktlich und sachlich besprochen. In reicher Abwechslung sorgen Leitaufsätze für Unterhaltung wie für Belehrung. Sorgfältig ausgesuchte Romane und Novellen deutscher und ausländischer Verfasser ergänzen den reichen Inhalt der „Beilage".

Zum bevorstehenden Quartalswechsel ersuchen wir um rechtzeitiges Abonnement, zur Verhütung sonst eintretender Unregelmäßigkeiten im Eintreffen der Zeitung.

Berlin, den 15. März.

Politischer Tagesbericht.

An anderer Stelle geben wir den im „Reichs- und Staats-Anzeiger" in deutscher Uebersetzung veröffentlichten Wortlaut der **Brüsseler Zuckerkonvention** wieder.

Auswärtige Parlamente.

Im österreichischen Abgeordnetenhause gab gestern die Berathung des Unterrichtsbudgets Gelegenheit zu verschiedenen prinzipiellen Erklärungen.

Bei der fortgesetzten Spezialdebatte über das Unterrichtsbudget wies Dr. Eisenkolb unter Heiterkeit und Händeklatschen der Alldeutschen auf die Stellung hin, die sich Deutschland unter der Führung des glorreichen Geschlechtes der Hohenzollern errungen, und führte aus, da die Deutschen in Oesterreich ein integrirender Bestandtheil des deutschen Volkes seien, nähmen sie daran Theil, gleichviel ob es den Tschechen, Slovenen und Kroaten recht sei oder nicht. In Oesterreich aber und in der ganzen Welt habe sich der Adel und der Klerus verbunden, um die Weltherrschaft für sich zu erringen. Ihre Zentralkanzlei sei der Vatikan, daher erkläre sich der jesuitische Geist, der insbesondere in dem Unterrichtsministerium herrsche. Der Redner besprach sodann unter heftigen Ausfällen auf die katholische Kirche und unter dem Widerspruche des Zentrums die Organisation des Katholizismus sowie die religiöse Bewegung unserer Tage und beschwerte sich über die Chikanen, denen die Protestanten und Altkatholiken in Oesterreich ausgesetzt seien. — Das Haus nahm den Titel „Zentrale" und weitere Titel des Unterrichtsbudgets an. Im Laufe der Debatte wies der Unterrichtsminister die Beschwerden bezüglich der Forderungen protestantischer Geistlicher zurück und erklärte, wenn bei der Verleihung des Staatsbürgerrechts an gewählte ausländische Geistliche streng vorgegangen werde, so geschehe das nicht, um die Protestanten zu kränken, sondern weil manchmal Bedenken vorliegen, daß die Uebertrittsbewegung, wie die Beschwerdeführenden selbst zugeben, nicht ohne politische Nebenabsichten sei. Der Abg. Schachinger wendete sich gegen die Aeußerungen Eisenkolbs über die Hohenzollern und sagte, man müsse mit aller Entschiedenheit dagegen protestiren, daß ein Redner von Oesterreichern verlange, sie sollten sich unter die Führung eines fremden Herrschers stellen und ihm dieselbe Liebe und Achtung entgegenbringen, die sie dem Hause Habsburg schuldig sind und auch jederzeit geleistet haben. In der Weiterberathung wurde der Antrag des Alldeutschen Berger, die Forderung für die technische Hochschule in Brünn besonders zu berathen, mit 122 gegen 32 Stimmen abgelehnt und die Sitzung sodann geschlossen.

*

Im ungarischen Abgeordnetenhause antwortete auf eine Interpellation, betreffend die Industrie- und Handelsbank, Finanzminister Dr. v. Lukacs:

Die Bank habe nur die im Gesetz zugelassenen, aber keine besonderen Begünstigungen erhalten. Er, der Minister, habe die Kontrolle, betreffend Erfüllung der Steuerpflicht, gewissenhaft ausgeübt. Eine Kontrolle der Geschäfte der Bank wäre gesetzlich und rechtlich nicht zulässig gewesen. Er habe von dem rumänischen Petroleumgeschäft gewußt, doch hierin keinen Grund gesehen, eine Untersuchung einzuleiten oder die Steuerfreiheit der Bank aufzuheben, da das Gesetz der Bank ausländische Geschäfte nicht verbietet. Jedenfalls werde erwogen, ob die Bank in Zukunft den Bedingungen entsprechen werde, unter welchen Steuerfreiheit gewährt werden könne. Staatliche Gelder befänden sich bei der Bank nur in geringer Höhe. Die Antwort des Ministers wurde zur Kenntniß genommen.

*

In der Deputirtenkammer zu Rom wurde am Freitag die Berathung über die Erklärungen der Regierung fortgesetzt:

Guicciardini erfucht den Minister des Aeußern Prinetti um weitere Aufklärungen bezüglich der auswärtigen Politik, um jeden Zweifel zu beseitigen, daß in dieser Richtung etwa eine Aenderung eingetreten sei. Redner fügt hinzu, jede Aenderung in den traditionellen Beziehungen zu England würde für Italien verderblich sein. Nachdem Maggiorino Ferraris gegen und Sacchi für die Erklärungen der Regierung sich ausgesprochen, wendet sich der Minister des Innern Giolitti in längerer Rede gegen die hinsichtlich seiner Amtsführung wider ihn erhobenen Vorwürfe. Er wirft zunächst einen Rückblick auf die Ausstände der ländlichen Arbeiter im Juni 1901 und erklärt, damals, wie jetzt, habe man gefürchtet, daß es zu schweren Ruhestörungen kommen werde, ohne daß sich diese Befürchtungen bewahrheitet hätten. Richtig sei, daß man vor einer großen sozialen Bewegung aller Klassen des Proletariats stehe. Dieselben verlangten einfach bessere Lebensbedingungen, und sie hätten Recht, keine ihrer Forderungen hätte einen politischen Charakter. (Lebhafter Beifall links.) Eine solche Bewegung werde nur dann gefährlich und drohend werden, wenn die Regierung glaube, sie mit Gewalt unterdrücken zu sollen. Die Pflicht der Regierung sei, unparteiisch zu bleiben und die Rechte Aller zu achten. Daher müsse die Regierung das Recht, in den Ausstand zu treten, und die Berechtigung, für dieses Recht Propaganda zu machen, so lange achten, als keine Gewaltthätigkeiten damit verbunden seien, und ebenso müsse sie die Freiheit der Arbeit gewährleisten. Auch glaube er, daß, soweit nicht obligatorische Schiedsgerichte gesetzlich eingeführt seien, die Regierung das Recht und die Pflicht habe, ihre von beiden Parteien angerufenen Vertreter eingreifen zu lassen, um eine friedliche Lösung von Streitigkeiten herbeizuführen. Im weiteren Verlaufe seiner Rede betont Giolitti, daß gegenüber Ausständen bei öffentlichen Verkehrsanstalten, wie auch bei Ausständen, die wichtige Interessen der Allgemeinheit nahe berühren, wie Bäckerausstände, die Regierung sich zum Einschreiten berechtigt halte und stets nach dem Grundsatz handle, daß Ausstände bei öffentlichen Betrieben die Aufhebung des staatlichen Gesetzes, die Anarchie bedeuten (Beifall links), und die Theilnahme daran für jeden öffentlichen Beamten ein Verbrechen ist. Sodann rechtfertigt der Minister die gegenüber dem drohenden Ausstand der Bahnangestellten jüngst ergriffenen Maßnahmen. Die Regierung habe die Ernstellung des Bahnbetriebes verhindern müssen, welche namentlich die ärmere Bevölkerung schwer betroffen hätte (Lebhafter Beifall links), sie habe aber auch die seit Jahren unerledigten gerechten Ansprüche der Bahnarbeiter zu schützen unternommen und in die öffentliche Ordnung aufrecht erhalten. Die Regierung habe für an den Verhandlungen und den erforderlichen Ausgaben betheiligen müssen. Man dürfe sich nicht verhehlen, daß auch andere berechtigte Ansprüche der arbeitenden Klassen Befriedigung heischen, die Regierung sich nach dem Grundsatz handle, daß Ausstände bei öffentlichen Betrieben die Lähne vieler verletzen zu gering seien. (Sehr gut!) Es sei das große Gebäude des Friedenswerkes der Regierung, daß sie vom Proletariat nicht als Feind betrachtet werde. Jene, die verlangen, daß die Regierung sich nicht auf die meistbelasteten Klassen stütze, könnten sich nur auf die Ultrakonservativen und Klerikalen stützen. (Lebhafter Beifall links.) Selbst Sonnino würde, zur Regierung gelangt, sobald er von der liberalen Politik, die er ja übrigens zu verfechten erklärt, abweiche, sich der reaktionären Elemente nicht erwehren können. (Beifall.) Giolitti schließt mit der Erklärung, sein Programm sei sorgfältiger Sorgfalt der Ordnung und vollkommene Achtung der Freiheit; wenn er weiter in der Regierung bleiben solle, werde er diesem Programm treu bleiben. (Lebhafter Beifall links.) Der Minister wird von vielen Abgeordneten am Schluß seiner Rede beglückwünscht. Darauf wird die Sitzung aufgehoben.

*

Aus dem englischen Unterhause wird vom Freitag berichtet:

Norman fragt an, ob das englisch-japanische Abkommen jeder der beiden Parteien gestatte, unabhängig von der anderen vorzugehen, wenn nach dem Urtheil jener Partei allein ihre Interessen gefährdet erscheinen. Unterstaatssekretär des Auswärtigen Lord Cranborne erwidert, das genannte Abkommen verhindere keine der beiden Mächte, in der Weise vorzugehen, welche sie zur Vertheidigung ihrer Interessen für nothwendig halte, aber Artikel 5 des Abkommens sehe vor, daß beide Mächte vollständig offen mit einander verfahren sollen, falls die Interessen, welche in dem Vertrag erwähnt sind, in Gefahr sind. — Healy fragt an, ob Delarey's Farm von Engländern niedergebrannt worden sei. Kriegsminister Brodrick erklärt, er habe hierüber keine Mittheilungen. — Grant fragt an, unter welchen Bedingungen Methuen von den Buren freigelassen worden sei. Brodrick antwortet, er habe keine Information, die über das hinausgehe, was bereits bekannt gegeben sei.

Von der britischen Flotte.

Wie aus London gemeldet wird, sprach Kontre-Admiral Lord Charles Beresford in der Handelskammer in London über die administrative Organisation der Flotte und verlangte dringend, daß der Admiralität ein Naval Staff zu beigegeben werden solle, welche in dem Vertrag erwähnt sind, in Gefahr sind. — Healy fragt an, ob Delarey's Farm von Engländern niedergebrannt worden sei. Kriegsminister Brodrick erklärt, er habe hierüber keine Mittheilungen. — Grant fragt an, unter welchen Bedingungen Methuen von den Buren freigelassen worden sei. Brodrick antwortet, er habe keine Information, die über das hinausgehe, was bereits bekannt gegeben sei.

Von der britischen Flotte.

Wie aus London gemeldet wird, sprach Kontre-Admiral Lord Charles Beresford in der Handelskammer in London über die administrative Organisation der Flotte und verlangte dringend, daß der Admiralität ein Naval Staff zu beigegeben werden solle, welche in dem Vertrag enthalten